

ULLA PLENER

## Die SPD in den deutschen Westzonen 1945-1948

Das ausgehende 20. Jahrhundert wird – eurozentristisch gesehen – das Jahrhundert der Sozialdemokratie genannt, weil diese aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene politische Kraft in West- und Nordeuropa durch sozialreformerisch orientierte Konzepte und Praxis die politische, geistige und zum Teil auch sozialökonomische Wirklichkeit in den vergangenen einhundert Jahren spürbar beeinflusste. Die Ergebnisse des Wirkens der reformorientierten Arbeiterbewegung, deren Teil die Sozialdemokratie war, können so zusammengefaßt werden:

Sie setzte eine demokratische Staatsform durch: die Republik, den Rechtsstaat, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, auch für Frauen, die individuellen und kollektiven Freiheiten der Persönlichkeit.

Sie errang bedeutende, gesetzlich gesicherte soziale Rechte sowie betriebliche und soziale Leistungen, die den spezifischen Interessen der Lohnarbeitenden nach materieller und geistiger Höherentwicklung entsprachen: kürzere Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitslosenunterstützung, Sicherung bei Krankheit und im Alter, mehr und bessere Bildung u.a.m.

Sie trotzte dem Kapital gewisse Mitbestimmungsrechte in Betrieben und Unternehmen (in einigen Ländern auch regionale und gesamtstaatliche Wirtschaftsorgane, in denen die nationalen Gewerkschaftsverbände vertreten sind) ab, die ebenfalls gesetzlich festgeschrieben wurden.

Sie sorgte dafür, daß ihre Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, als eigenständiger gesellschaftspolitischer Faktor in Gesellschaft und Staat anerkannt wurden.

Sie hat in Deutschland – nach 1945 – zwar nicht die sozialen Grundrechte, aber immerhin das Sozialstaatspostulat als Verfassungsnorm im Grundgesetz festschreiben lassen und damit die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung (für die Zukunft) offengehalten und in einigen Länderverfassungen bestimmte soziale Grundrechte und wirtschaftsdemokratische Grundsätze verankert.

Nach 1945 intensivierten bei verschiedenen sozialen Kräften die Erfahrungen mit Faschismus und Krieg antifaschistische, demokratische, antikapitalistische und sozialistische Bestrebungen. Sie waren Ausdruck und Faktor des gesellschaftlichen Umbruchs in Europa im Gefolge des Zweiten Weltkriegs. Hoffnungen und Praxis einer Mehrheit in der Sozialdemokratie »waren auf einen Sozialismus zugeschnitten, der gleichermaßen antifaschistisch wie

Ulla Plener – Jg. 1933, Historikerin, Dr. sc. phil., Berlin, Veröffentlichungen zur Geschichte der Sozialdemokratie; biographische Forschungen.

antikapitalistisch sein sollte, dabei keinesfalls antisowjetisch oder antikommunistisch«.<sup>1</sup> Sozialdemokratische Konzepte eines demokratischen und sozial gerechten, ja eines sozialistischen Europas als einer dritten Kraft zwischen den aus dem Krieg hervorgegangenen Weltmächten USA und Sowjetunion fanden über die Arbeiterbewegung hinaus Widerhall.<sup>2</sup>

Ähnlich wie andere sozialdemokratische Parteien des Kontinents wollte die SPD in den Westzonen Deutschlands in den Jahren 1945-1948 eine sozialökonomische Neuordnung erreichen. Und wie ihre westeuropäischen Schwesternparteien erreichte sie dieses Ziel nicht – obwohl das ihr eigentliches Anliegen als dritte Kraft war.

Auch dieses Ergebnis gehört zur sozialdemokratischen Jahrhundertbilanz. Und es führt an die Frage heran, warum die sozialdemokratische Praxis hinter ihrem Anspruch auf sozialökonomische Neuordnung als Fundament für eine dauerhafte und der großen Mehrheit der Lohnarbeitenden genügende soziale Demokratie weit zurückgeblieben war. Worin bestand damals das Selbstverständnis der SPD als der dritten Kraft bzw. als Bahnbrecher des »dritten Weges«?

Kurt Schumacher, der die Politik der SPD seit 1945 und bis zu seinem Tod 1952 in autoritärer Weise bestimmte, forderte 1945 ganz allgemein: Nicht Wiederaufbau, sondern Neubau Deutschlands als demokratische Republik und Hort des Friedens, in dem das für Nazi-Regime und Krieg verantwortliche Großkapital (»der Großbesitz«) niemals mehr politischen Einfluß erlangen dürfe und in dem die Demokratie ökonomisch gesichert ist durch »Überführung der Produktionsmittel in die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit«. Dieses Ziel enthielt innenpolitisch vor allem drei Neuordnungsforderungen:

Entmachtung des großen Industrie- und Finanzkapitals auf dem Wege der Sozialisierung der Schwerindustrie und der Banken (worunter die Überführung deren Eigentums in ein nicht oder kaum näher bestimmtes öffentliches oder Gemeineigentum, getragen von dafür zu schaffenden Gremien, Ländern, Kommunen, verstanden wurde) und Mitbestimmung der Lohnarbeitenden und ihrer Gewerkschaften in der Wirtschaft, die von staatlichen Institutionen planmäßig »nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit« gelenkt werden sollte;

eine »radikale Bodenreform«, also Enteignung von Teilen des Großgrundbesitzes, der landlosen und landarmen Bauern übergeben werden sollte, als demokratische Maßnahme, die nicht zuletzt aufgrund der katastrophalen Ernährungslage der Bevölkerung für notwendig gehalten wurde;

die Demokratisierung der Verwaltungen, der Polizei, der Justiz, vor allem auf dem Wege der Entnazifizierung, also der Entlassung aktiver Nazis aus diesen Institutionen, deren Stellen und Ämter zuverlässige demokratische Persönlichkeiten einnehmen sollten.

Es war ein radikal-demokratisches Programm (radikal insofern, als es für eine auch soziale Demokratie stritt und Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse vorsah), das Schumacher in die Losung »Sozialismus als Tagesaufgabe« kleidete. Die Forderung nach einem demokratischen Sozialismus richtete sich gegen den

autoritären, diktatorischen Sozialismus der Sowjetunion; die »sozialistische Fundierung« der Demokratie – gegen den Kapitalismus in den westlichen Ländern – der in Deutschland, so begründete Schumacher seine Forderungen, zur Katastrophe der Naziherrschaft und des Krieges geführt hatte. Diese Forderungen enthielten Schumachers erste Aufrufe vom Sommer und sein Referat auf der Konferenz in Wannsee im Herbst 1945 wie auch die »Kundgebung« des ersten Nachkriegsparteitags der SPD vom Mai 1946 in Hannover – und sie kehrten in allen parteioffiziellen Dokumenten der Jahre danach (bis hin zum Wahlprogramm für die Bundestagswahlen im August 1949 und auch noch später) immer wieder. Sie berücksichtigten die Erfahrungen von Weimar, und sie waren durch das Potsdamer Abkommen der vier Besatzungsmächte, die Deutschland nunmehr regierten, abgedeckt.

Auf das von den vier Großmächten 1945 vereinbarte Besatzungsregime und die Praxis der westlichen Militärregierungen, die seit Frühjahr 1946 zunehmend vom Kalten Krieg zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion geprägt war, kann und soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.<sup>3</sup> Nur soviel: Nicht anders als die Sowjetunion, die in ihrer Besatzungszone dabei war, das eigene undemokratische Sozialismusmodell zu installieren, orientierten sich die Westmächte, an ihrer Spitze die USA, von Anfang an an ihrem kapitalistischen Gesellschaftsmodell, und das hieß: keine sozialökonomische Neuordnung in sozialdemokratischem Sinne, also weder Enteignung des Großkapitals noch des Großgrundbesitzes, und keine grundlegende Erneuerung auf staatlicher Ebene – des Verwaltungsapparats, der Polizei, der Justiz. Erinnert sei nur an das Veto der amerikanischen Militärregierung gegen den – auf ihr Verlangen hin gesondert zur Abstimmung gestellten und in freier Entscheidung von 71,9 Prozent der Wähler bestätigten – Sozialisierungsartikel der hessischen Landesverfassung sowie gegen die nach Grundsätzen liberaler Demokratie zustandekommenen Gesetze zur wirtschaftlichen Mitbestimmung, u.a. in Hessen, Baden-Württemberg, Bremen 1947/1948; an die Suspendierung des vom Landtag Schleswig-Holstein angenommenen Bodenreformgesetzes 1948 und der von den Landtagen Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen beschlossenen Sozialisierungsgesetze 1948 durch die britische Militärregierung – die Reihe könnte fortgesetzt werden. Staatliche Stellen – Verwaltungen, Polizei, Justiz – blieben weitgehend von nazistisch belasteten Kräften durchsetzt.

Das reflektierte im Herbst 1946 der Vorstand der SPD in der in Köln am 25. September angenommenen Entschließung »Umkehr oder Untergang?« Die Rede war u.a. von der »Unmöglichkeit, in der Richtung sozialistischer Wirtschaftspolitik Fortschritte zu erzielen«, und es wurde festgestellt: »In Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die uns zu den heutigen (katastrophalen) Zuständen geführt haben.« Die SPD erklärte, sie werde ihre politische Mitarbeit in Verwaltungen, in kommenden Landtagen und Länderregierungen verweigern, wenn nicht »verbindliche Zusagen« erfolgten über einen gerechten Lastenausgleich, »der die Sachwerte im gleichen Umfange heranzieht wie

»Ausschüsse aus der Bevölkerung, die sich in den ersten Tagen (nach der Besetzung) hier und da spontan gebildet hatten, um Einfluß auf die Lösung der Probleme zu nehmen..., fanden keine Bestätigung (durch die Besatzungsbehörden) und wurden wieder aufgelöst. Von ihnen getroffene Maßnahmen wie z. B. Absetzung politisch belasteter Beamten, Einsetzung von Personen mit demokratischer Legitimierung, Strafmaßnahmen gegen örtlich bekannte Anhänger des Nazisystems wurden nur in wenigen Fällen sanktioniert, in sehr vielen dagegen rückgängig gemacht. Infolgedessen blieben zunächst viele als Nazis bekannte Personen als Beauftragte der Militärregierung in ihren Ämtern.« Jahrbuch der SPD 1946, S. 5.

Am 4. Februar 1947 berichtete Victor Agartz, damals Mitglied des Parteivorstands und sein wirtschaftspolitischer Experte, in einem persönlichen Brief an K. Schumacher über eine Erklärung General Clays (ab 1. März Militärgouverneur der amerikanischen Zone) zu der im Januar erfolgten Wahl V. Agartz' zum Leiter des bizonalen Verwaltungsamtes für Wirtschaft, »daß mir nicht gestattet sein würde, meinen neuen Posten dazu zu benutzen, um die Sozialisierung der Schwerindustrie in der amerikanischen und britischen Zone durchzuführen... bemerkenswert ist, daß General Clay nicht nur von der Industrie der amerikanischen (Zone spricht), sondern auch in allen Fällen die Schwerindustrie der britischen Zone ausdrücklich mit erwähnt.« (SAPMO im BArch, NY 4104 (Nachlaß V. Agartz), zit. nach U. Plener: SPD 1945-1949, S. 167.

»Business Week« am 2. August 1947: »In Washington und Berlin sind die höchsten amerikanischen Beamten der Meinung, daß zumindest in kommenden fünf Jahren das deutsche Volk nicht über Sozialismus oder Kapitalismus entscheiden könne. Bis dahin hofft man auf das Sichdurchsetzen konservativer politischer Tendenzen in Deutschland.« Zit. nach ebenda, S. 158.

den Geldbesitz«; über »die Sozialisierung der Grundstoff-Industrien, der Energiewirtschaft, der Verkehrsunternehmen, der Banken und Versicherungsgesellschaften und eine durchgreifende und produktionsfördernde Agrarreform«; »alle zentralen Verwaltungen (sollten) demokratisch kontrolliert werden« u.v.a.m.<sup>4</sup> Ein gutes halbes Jahr danach widerspiegelten die Anträge an den Parteitag 1947 der SPD in Nürnberg und die Diskussion dort, daß keine dieser Forderungen erfüllt war und sich an der im September 1946 beklagten Situation nichts geändert hatte.<sup>5</sup>

Jedem, der es sehen und wissen wollte, mußte spätestens seit Ende 1946 – mit und nach der Bizonengründung, die die Führungsrolle der USA in der westlichen Besatzungspolitik manifestiert hatte, – klar sein: Eine Neuordnung, zumal eine sozialökonomische, war mit den Westmächten nicht zu verwirklichen.

War also die von der SPD geforderte Neuordnung an der Gewalt der Militärregierungen gescheitert? Zu einem Gutteil – ja. Und doch lag es auch am Verhalten der SPD selbst – an der Praxis ihrer führenden Politiker, Schumacher an der Spitze. Daß es möglich war, gegen den Willen der Militärregierungen eigene Positionen zu realisieren, hatte Schumacher im April 1949 im Vorfeld der Abstimmung über das Grundgesetz demonstriert: Damals hatte er es vermocht, die Konstituierung der BRD als Bundesstaat (anstelle eines losen Staatenbundes) durchzusetzen, indem er damit gedroht hatte, die Zustimmung seiner Partei zum Grundgesetz zu verweigern. Einen so entschlossenen Widerstand gegenüber den Besatzungsmächten hatten er und die SPD niemals in bezug auf die sozialökonomische Neuordnung praktiziert. Die erwähnte Kölner Entschließung vom September 1946 – vor dem Hintergrund bevorstehender Wahlen zu Kreis- und Länderparlamenten angenommen – hatte ja ebenfalls damit gedroht, die Mitarbeit der SPD in Verwaltungen und Parlamenten zu verweigern, falls ihre Forderungen nicht ernst genommen werden sollten. Aber dieser Drohung folgte nicht die Tat: Nach den Landtagswahlen Ende 1946/Anfang 1947 hatte sie sich, obwohl die in Köln bemängelten Zustände unverändert geblieben waren, von der »konstruktiven Mitarbeit« leiten lassen und ging mit der CDU, der »Partei des Großbesitzes«, wie Schumacher sie nannte, Regierungskoalitionen ein.

Der wesentlichste Grund dafür lag in den von Schumacher bestimmten Leitlinien für die politische Praxis der SPD – und deren oberste Priorität war mitnichten die radikal-demokratische, sozialistische gar, Neuordnung der Westzonen. Ihre Hauptanliegen konzentrierten sich auf die politische Sphäre:

1. Aufbau einer parlamentarischen Republik nach dem Muster des (westlichen) liberal-demokratischen Parteienstaates, in dem die SPD die führende Rolle spielen sollte; deshalb konzentrierte sich Schumacher im ersten Jahr nach der Befreiung vom Naziregime auf die Konstituierung seiner Partei<sup>6</sup> und nicht etwa auf Maßnahmen zur sozial-ökonomischen Neuordnung und Entnazifizierung. Die Orientierung an einer parlamentarischen, von Parteien getragenen Republik nach liberal-demokratischen Prinzipien schloß Kompromisse mit dem (prokapitalistischen) politischen Gegner ein – und die Einbeziehung außerparlamentarischer Massenaktionen

(mit antikapitalistischer Stoßrichtung) als demokratischen Gestaltungsfaktor aus.

2. Abwehr des kommunistischen Einflusses und der Bestrebungen zur Einheit mit den Kommunisten. Die KPD in den Westzonen, die SED in der SBZ und die Sowjetunion als internationaler und – das besonders – deutschlandpolitischer Faktor wurden von Schumacher zu den Hauptfeinden der SPD hochstilisiert. Von bitteren Erfahrungen mit Kommunisten in der Weimarer Zeit geprägt, ihrer Lernunfähigkeit und grundsätzlichen Bindung an die diktatorische Sowjetunion überzeugt und nicht zuletzt von einer Art Russophobie stimuliert<sup>7</sup>, war der grundsätzliche, aggressive Antikommunismus die alle anderen Anliegen überragende Triebkraft seines Handelns. Vom Beginn seiner politischen Tätigkeit 1945 an waren seine antikapitalistischen Intentionen – anders als bei großen Teilen der damaligen europäischen Sozialdemokratie – absolut antisowjetisch und antikommunistisch. Auch das führte die SPD in der praktischen Politik, in parlamentarischen Gremien zu Kompromissen mit dem bekämpften politischen Gegner (nicht Feind!) – der CDU.

Beide politischen Hauptanliegen präjudizierten die Parteinahme der SPD im Kalten Krieg der Großmächte grundsätzlich für den Westen. Schumacher, der für die deutsche Einheit focht, unterstützte alle Maßnahmen westlicher Besatzungsmächte hin zur westdeutschen Staatsgründung (von der Bizone, über Marshallplan und separate Währungsreform bis zu Arbeiten am Grundgesetz und dessen Annahme), indem er sie als Schritte zur deutschen Einheit interpretierte, einer Einheit, die politisch ausschließlich auf liberaldemokratischer Basis zustandekommen sollte, und das hieß – an der sozial-ökonomischen Neuordnung vorbei und in Konfrontation zur Sowjetunion, zur SED und den Kommunisten. Diese – in hohem Maße ideologisch begründete – Konfrontationsstrategie gegenüber der östlichen Besatzungsmacht war es wohl, die Schumacher gegenüber dem Willen der westlichen Besatzungsmächte, keine andere als die alte kapitalistische Gesellschaftsordnung in den Westzonen zuzulassen, blind machte (oder stellte er sich blind<sup>78</sup>).

Die innenpolitische Praxis der SPD in den Jahren 1945-1948 ist kaum im Blick der heute vorherrschenden Historiographie und Publizistik. Ihre Aufmerksamkeit ziehen, wie schon früher, vorwiegend (um nicht zu sagen ausschließlich) die Persönlichkeit und das Wirken Schumachers auf sich, zuletzt anlässlich seines 100. Geburtstags 1995. Das ist insofern berechtigt, als Kurt Schumacher weitgehend autokratisch die Politik der Partei bestimmt hatte. Dabei spart die ältere wie jüngere Schumacher-Literatur seinen Anteil an der Praxis der SPD in den Westzonen völlig aus und befaßt sich nur mit seinen deutschlandpolitischen Anliegen.<sup>9</sup> Sofern es um die Innenpolitik geht, wird lediglich sein Konzept – nicht die Praxis genannt, und auch das Konzept wird nicht im einzelnen ausgeführt (eine Ausnahme bildete seinerzeit, 1964, W. Ritter). Das entspricht dem geringen Stellenwert, den die sozial-ökonomische Gestaltung der Westzonen im politischen Wirken Schumachers in der Tat hatte. Der im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) aufbewahrte Nachlaß Schumachers enthält kaum Dokumente, private Briefe eingeschlossen, in denen er die

Entschließung des Landesparteitags der SPD Baden-Württemberg (April 1947) zur Koalitionspraxis: »Diese Bereitschaft der SPD zur Mitarbeit kann jedoch nicht als Verzicht auf die sozialistischen Grundforderungen der Partei betrachtet werden, deren Erfüllung mit den Interessen der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes zusammenfällt... Auf die Dauer kann die Sozialdemokratie die Verantwortung nur für eine Politik übernehmen, die ihren Grundsätzen nicht widerspricht. Die Beteiligung an Regierungen darf die Partei nicht hindern, innerhalb und außerhalb der Volksvertretungen den Kampf um die Volksmehrheit und für sozialistische Lösungen zu führen. Der Landesparteitag ersucht den Landesvorstand und den Parteivorstand, unter diesen Gesichtspunkten die Entwicklung der politischen und wirtschaftspolitischen Tendenzen in Deutschland ständig zu prüfen und im gegebenen Zeitpunkt jene Folgerungen zu ziehen, die im Interesse der Partei und der von ihr vertretenen Masse des Volkes notwendig sind.« Zit. nach U. Plener: SPD 1945-1949, S. 170/171.

Antrag des Unterbezirks Göttingen der SPD an den Parteitag in Nürnberg (29. Juni - 2. Juli 1947): »Die deutsche Justiz hat in der Periode der Weimarer Republik wesentlich dazu beigetragen, den Sturz der Republik durch den Hitlerterror vorzubereiten. Auch heute sind in der deutschen Justiz Anzeichen vorhanden, daß genauso wie damals der soziale und demokratische Neubau Deutschlands durch eine rückständige Justiz gehindert wird. Diese ernste

und große Gefahr macht es erforderlich, daß sofortige Verhandlungen mit den Militärregierungen eingeleitet werden und daß auch durch geeignete Gesetzgebung in den Länderparlamenten Vorsorge getroffen wird, um diese Gefahr zu beseitigen. Die Gewalt muß vom Volke ausgehen. Nur durch sozial denkende und demokratisch handelnde Volksrichter kann ein Neubau Deutschlands gewährleistet werden. In der Justiz darf nicht nur eine äußere Umwandlung, sondern es muß eine innere Umgestaltung in konsequentester Form erfolgen.«  
Zit. nach ebenda, S. 181.

Bei der geforderten Entnazifizierung zeigte sich die SPD nicht minder halbherzig als bei der Sozialisierung oder der Bodenreform. Einzelne ihrer Politiker setzten sich sogar für stark belastete Kriegsgewinnler ein. Im Nachlaß von Victor Agartz befindet sich folgendes Schreiben (nicht das einzige dieser Art):

»Dr. h. c. Robert Pferdmen-  
ges - Köln, 15. April 1947  
Sehr geehrter Herr Dr.

Agartz,  
nachdem meine Rehabilitierung seitens der englischen Militär-Regierung ausgesprochen worden ist, möchte ich Ihnen für die warme Unterstützung und für die freundschaftliche Gesinnung, die Sie in dieser Angelegenheit mir gegenüber an den Tag gelegt haben, meinen verbindlichen Dank aussprechen.

Wenn in unserm Parteileben sachliche Meinungsverschiedenheiten von der persönlichen Sphäre getrennt bleiben könnten, wie das Ihr nobles Verhalten mir gegenüber gezeigt hat, so wäre es um unser Vaterland besser bestellt.

Neuordnungsforderung mehr als nur mit einigen Schlagworten wie »gegen Großbesitz«, »für Sozialisierung« u.ä. begründet hätte, oder die das praktische Bemühen Schumachers um die sozial-ökonomische Neuordnung belegen würden.

Demgegenüber wurden innenpolitische Konzeption und Praxis der SPD der Jahre 1945-1948 in mehreren zwischen 1970 und 1978 erschienenen Monographien aus linkssozialistischer Sicht eingehend untersucht und dargestellt.<sup>10</sup> Ihre Ergebnisse stimmten mit dem inhaltlichen Ertrag der vorwiegend in den 60er Jahren betriebenen Forschungen der Autorin zu diesem Thema weitgehend überein.<sup>11</sup> Studien im Archiv der sozialen Demokratie des FES in den 90er Jahren ergaben, daß die substantiellen Ergebnisse dieser früheren Forschung hinsichtlich der innenpolitischen Praxis der Schumacher-SPD in den ersten Nachkriegsjahren weitgehend gültig sind.<sup>12</sup>

An dieser Stelle kann es nicht darum gehen, im einzelnen der damaligen politischen Praxis der SPD nachzugehen, also die Ergebnisse der früheren linkssozialistischen und eigenen Forschung zu wiederholen. Es soll jedoch unter dem hier gewählten Aspekt der Jahrhundertbilanz der SPD an sie erinnert und auf sie verwiesen werden. Die darin zusammengetragenen Tatsachen beleuchten, daß und wie das praktisch-politische Verhalten der SPD zum Scheitern der von ihr angestrebten sozial-ökonomischen Neuordnung in den Westzonen beigetragen hat, und das waren im besonderen

die grundsätzliche Westorientierung und als Folge widerstandslose Hinnahme aller Maßnahmen westlicher Militärregierungen hin zur westdeutschen Staatsgründung, die zugleich gegen die Neuordnung gerichtet waren (Bildung der Bizone im Dezember 1946, Marshallplan vom Juni 1947, Währungsreform vom 20. Juni 1948, um nur drei der wichtigsten Schritte zu nennen);

die Kompromißbereitschaft gegenüber rechts (CDU) und Abgrenzung nach links (KPD), besonders augenscheinlich in der Koalitionspraxis mit der CDU auf Länderebene nach den Landtagswahlen 1946/1947, die von der »positiven Mitarbeit« (statt der in der Kölner Entschließung angedrohten Verweigerung) geleitet war und zu wesentlichen Abstrichen bei der verfassungsrechtlichen Festschreibung der von der SPD angestrebten strukturellen Eingriffe in die Wirtschafts- und Sozialordnung führte; ähnlich die z.T. schreiende Inkonsequenz bei der Entnazifizierung von Kriegsgewinnlern;

die Ablehnung außerparlamentarischer Massenaktionen, die sich besonders intensiv im Frühjahr 1947, im Winter/Frühjahr 1948 und im Herbst 1948 entfaltet hatten.<sup>14</sup>

An dieser Stelle soll nur auf den zuletzt genannten Punkt – den Umgang Schumachers und der SPD mit Massenaktionen – eingegangen werden.

Solche Aktionen – Demonstrationen, Kundgebungen, Märsche, Streiks – erreichten in den genannten Zeiträumen einen hohen Grad an Massenbeteiligung und Intensität.

Allein im Ruhrgebiet nahmen an den Aktionen verschiedener Art zwischen Anfang Februar und Mitte Mai 1947 nahezu eine Million Menschen teil. Den Höhepunkt bildete der Ruhrbergarbeiterstreik

am 3. April mit 300 000 Beteiligten. In der ersten Jahreshälfte 1948 erreichten die Aktionen, besonders Streiks, ein noch größeres Ausmaß.<sup>15</sup> Am 4. Januar 1948 streikten 1,5 Millionen Angestellte der gesamten britischen Zone, am 22./23. Januar eine Million Arbeiter und Angestellte in Bayern, am 3. Februar über eine Million in Württemberg-Baden. Eine dritte Welle von Aktionen (Demonstrationen, Protestkundgebungen, Käuferstreiks) setzte nach der Währungsreform im Spätsommer 1948 ein (wobei die Besatzungsbehörden partiell, so am 28. Oktober in Stuttgart, mit militärischer Gewalt einschritten). Sie fand ihren Höhepunkt in dem von Gewerkschaften ausgerufenen (und von Besatzungsbehörden genehmigten) Generalstreik in der Bizone am 12. November 1948, an dem sich über neun Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten.

Unmittelbarer Anlaß der Aktionen war die katastrophale Ernährungslage. Und zugleich hatten sie ausgesprochen politische Anliegen, was sich besonders im Frühjahr 1947 in Forderungen mehrerer großer Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenzen niederschlug. Es ging um die Entnazifizierung und Demokratisierung der Verwaltungen (u.a. sollte der praktisch aus dem Dritten Reich übernommene Reichsnährstand – das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft für die britische Zone – aufgelöst, sein Leiter, der Großgrundbesitzer, vor 1945 »Osthilfekommissar«, Schlange-Schöninggen (CDU) abgesetzt und Ernährungsausschüsse unter Teilnahme der Gewerkschaften gebildet werden); es ging um die demokratische Bodenreform und um die Entmachtung der Kohlekonzerne und deren Überführung in öffentliches Eigentum. Auch 1948 wurden diese Forderungen, wenn auch weniger prononciert, erhoben.

Die Forderungen stimmten also mit dem Verlangen der SPD nach sozial-ökonomischer und politischer Neuordnung überein. Bei einer Strategie, die spontane und organisierte Massenaktionen als (mit)gestaltenden Faktor in die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Realität eingeschlossen hätte, wäre der politische Spielraum der Partei um ein wesentliches Druckmittel erweitert und damit die Chance, die eigenen Anliegen zu verwirklichen, erhöht worden.

### *Exkurs: Spontane Massenaktionen als beschleunigender Faktor der Geschichte*

Spontane Volksbewegungen und Massenaktionen der Lohnarbeitenden hatten sich in der Geschichte des Kapitalismus immer als gesellschaftlich und politisch produktiv (wenn auch selten erfolgreich, schon gar nicht auf Dauer) erwiesen, wenn sie Veränderungen und/oder Korrekturen im Sinne der Demokratie – der stärkeren Einflußnahme der großen Mehrheit der Bevölkerung, der Lohnarbeitenden auf Entscheidungen in Politik und Gesellschaft (besonders Wirtschaft) anstrebten und durchsetzten. Sie vereinten meistens das Streben nach Demokratie und nach sozialer Gerechtigkeit (oder Protest gegen soziale Ungerechtigkeiten). Sie waren (und sind) der direkt ausgeübte soziale Zwang und als solcher die unmittelbarste Form der demokratischen Einflußnahme der Mehrheit (als relativer Begriff gefaßt) auf Entscheidungen in der Politik.

In freundschaftlicher Gesinnung und mit besten Grüßen  
Ihr Ihnen sehr ergebener  
Rob. Pferdmeiges  
Herrn Dr. Agartz, Köln« (vgl. dazu Anm. 13)

Resolution der Betriebsrätekonferenz in Essen vom 7. Februar 1947: »Die Schuldigen an diesem Chaos sind die reaktionären Großgrundbesitzer, die reaktionären und faschistischen Elemente in allen politischen und wirtschaftlichen Organisationen und Verwaltungen, mit dem Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft unter Führung von Schlange-Schöninggen.« Gefordert wurde die sofortige Absetzung Schlange-Schöninggens und die Auflösung seines Amtes, die schnelle Durchführung der demokratischen Bodenreform, Bildung von Kontrollausschüssen in Stadt und Land, schonungslose Säuberung aller öffentlichen Verwaltungsstellen und Wirtschaftsorganisationen von alten Beamten sowie entschädigungslose Enteignung und Überführung der Schlüsselindustrien und der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher in öffentliche Hand. Von 250 Teilnehmern der Konferenz waren ca. 130 Sozialdemokraten; die Entschließung wurde mit nur zwölf Gegenstimmen angenommen. (Zit. nach U. Plener: SPD 1945-1949, S. 176)

Die Ruhrrevierkonferenz des Industrieverbandes (IV) Bergbau vom 1. März 1947 stellte in ihrer Entschließung fest, die Kohlenkrise sei »wesentlich auch auf die schweren Organisationsmängel, die dem Bergbau aus seiner monopolkapitalistischen Vergangenheit noch immer anhaften«,

zurückzuführen; gefordert wurden sofortige Sozialisierung des Bergbaus und volles Mitbestimmungsrecht der Bergarbeiter. (Zit. nach ebenda, S. 177)

Der Ortsausschuß der Düsseldorfer Gewerkschaften forderte am 27. März 1947 den Einsatz von

Ernährungsausschüssen unter Teilnahme der Gewerkschaften und Demokratisierung der Verwaltungen, wofür am nächsten Tag sämtliche Belegschaften der Düsseldorfer Betriebe gestreikt haben.

Die Ruhrrevierkonferenz des IV Bergbau forderte am 2. April 1947 u. a. Entmachtung der Kohlenbarone und Demokratisierung der Verwaltungen und beschloß als Kampfmaßnahme den Streik der Ruhrbergarbeiter am 3. April.

»Westfälische Rundschau« (SPD) am 3. April 1948: »In den schaffenden Kreisen des Ruhrgebietes ist man der Ansicht, daß der Zeitpunkt für die Demokratisierung der Wirtschaft gekommen ist... Die Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr erwartet mit zunehmender Ungeduld die Sozialisierung der Grundstoffindustrie.«

»Hannoversche Presse« (SPD) am 13. Mai 1948 zu den tieferen Ursachen der Streikbewegung: »...die verpuschte politische Säuberung, das gebrochene Sozialisierungsversprechen, das Verbot einer Produktionskontrolle durch die Betriebsräte wie überhaupt die Hemmung ihres Willens, aktiv und leitend in der Wirtschaft tätig zu sein, der Zwang, immer noch für schlechtes Geld arbeiten zu müssen.«

(Nahmen sie deshalb stets Formen der unmittelbaren, der Basisdemokratie an – Kommune, Räte, Antifa-Ausschüsse –, in denen legislative und exekutive Gewalt zusammengeführt und die radikale, weil soziale Demokratie angestrebt und zeitweilig verwirklicht wurde?) Sie erwiesen sich im Verlauf des Jahrhunderts als Beschleuniger des gesellschaftlichen Fortschritts. Diese Rolle spontaner Aktionen der Lohnarbeitenden veranschaulicht die Demokratisierung und die »soziale Ausgestaltung« des Kapitalismus in Westeuropa seit dem vorigen Jahrhundert – in Deutschland vor allem Ablauf und Ergebnisse der November-Revolution von 1918/1919.

Demgegenüber war und ist der von Parteien getragene Parlamentarismus eine Form der Demokratie, der politischen, staatlichen Organisation, die sich in Westeuropa auf der Basis der konfrontativen Produktionsverhältnisse des Kapitalismus herausgebildet hat. Ihr Kennzeichen sind hierarchische und bürokratische Machtstrukturen – im Unterschied zu den von spontanen Bewegungen hervorgebrachten Organisationsformen. Der Parlamentarismus – in der liberal-demokratischen Version als Parteien-, also (indirekten) Vertreterdemokratie schließt Massenaktionen als Form direkter Demokratie, direkter Einflußnahme auf Entscheidungen aus. Repräsentanten und Verfechter der parlamentarischen Parteidemokratie lehnen spontane Bewegungen als chaotisch, weil bedrohlich für die Macht- und »Ordnungs«strukturen ab.

Zugleich bietet (bot bisher) die parlamentarische Form des Regierens der Lohnarbeiterschaft Möglichkeiten, über ihre politischen Vertreter – sozialistische oder (bisher) sozialdemokratische Parteien – das politische Geschehen zu beeinflussen, politische und soziale Rechte zu erobern oder auszuweiten. Auf parlamentarische Mittel kann also nicht verzichtet werden, solange diese die bestimmende Form der politischen Organisation sind und demokratische Potenzen innehaben. Da geht es vor allem um die Einflußnahme (den sozialen Zwang) der außerparlamentarischen – spontanen und organisierten – Bewegungen und Aktionen auf parlamentarische Entscheidungen.

Die organisierte sozialistische (an sozialer Gerechtigkeit, alle Gesellschaftsbereiche umfassender Demokratisierung und Solidarität orientierte) Arbeiterbewegung hatte beide Traditionen der modernen – auf die Französische Revolution zurückgehenden – Demokratie in sich aufgenommen. Die eine: Demokratie als bürgerlich-liberale Idee der individuellen politischen Freiheitsrechte und der Rechtsstaatlichkeit, die sich ökonomisch auf das Privateigentum an Produktionsmitteln gründet und politisch in der parlamentarischen (repräsentativen), von Parteien getragenen Republik ausdrückt. Sie wurde von der organisierten Arbeiterbewegung nicht nur als günstigster Boden für ihr Wirken akzeptiert. In den meisten europäischen Ländern, so gerade in Deutschland, wurde sie von ihr erkämpft, stets verteidigt und erweitert. Die andere: Demokratie als radikale Idee, weil nicht nur der politischen, sondern auch der sozialen Freiheit. Die Arbeiterbewegung nahm das auf den politischen Bereich reduzierte liberale Verständnis auf und dehnte es über dieses hinaus auf die wirtschaftliche und andere gesellschaftliche Ebenen aus.



Als sich 1917/1918 die organisierte sozialistische Arbeiterbewegung in zwei Hauptströme spaltete, da erfolgte das entlang dieses »doppelten« Demokratieverständnisses. Zum einen ging es um den Stellenwert von Massenaktionen als Faktor gesellschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Während Kommunisten besonders auf sie setzten, schworen Sozialdemokraten vorwiegend auf den Parlamentarismus und stellten sich gegen Aktionen. Zum anderen ging es um den Grad der »sozialen Radikalität«, besonders bezogen auf das Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln. Kommunisten wollten die Lösung sofort: den schnellen Bruch, die »Abschaffung des Kapitalismus«, was praktisch unreal war, viele Opfer kosten und die auch für Lohnarbeitende unerlässliche Funktionsfähigkeit der Wirtschaft zerstören mußte. Sozialdemokraten orientierten auf einen langen, Opfer möglichst vermeidenden Weg schrittweiser Reformen, die (ursprünglich und in Deutschland noch im Berliner Programm der SPD von 1989) im großen und ganzen antikapitalistisch, zumindest kapitalismuskritisch ausgerichtet waren und die Eigentumsproblematik nicht aussparten. Dafür waren Konzepte der Wirtschaftsdemokratie ausgearbeitet worden, in deren Mittelpunkt öffentliche Kontrolle und Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an volkswirtschaftlich wichtigen Produktionsmitteln und verschiedene Formen öffentlichen oder Gemeineigentums standen.<sup>16</sup>

Als die SPD – mit Schumacher – 1945 das *radikal*-demokratische Konzept der Wirtschaftsdemokratie wieder aufgriff, wollte sie es auf der Basis der *liberal*-demokratischen Grundsätze, also ausschließlich mit »rein« parlamentarischen Mitteln, verwirklichen (Koalitionen mit dem politischen Gegner CDU eingeschlossen, der wirtschaftsdemokratische Maßnahmen nicht zulassen wollte). Für spontane Massenaktionen war da kein Platz...

Dabei hatten die Aktionen 1947/1948 das Potential des sozialen Drucks ihrer Klientel, der Arbeiter und Angestellten, und (in Einzelfällen) die Möglichkeit demonstriert, parlamentarische Entscheidungen wie auch Vorhaben der Militärregierungen zu beeinflussen. Dafür stand der entschlossene gewerkschaftliche Widerstand im »Fall Reusch« im Frühjahr 1948, aufgrund dessen die US-Militärregierung und der Wirtschaftsrat ihre geplante Maßnahme schließlich fallenließen.<sup>17</sup>

Der überaus hohe Grad der Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften zeigte sich beim Streik am 12. November 1948 mit über neun Millionen Teilnehmern. Seine Organisatoren – sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre – wollten ihn aber von vornherein auf eine Demonstration beschränken (sie legten ihn auf einen Freitag und begrenzten seine Dauer auf einen Tag). Der Anlaß war ein sozialpolitischer: Bei den spontanen Aktionen im August - Oktober ging es um einen Preisstopp (nach der Währungsreform waren die Preise freigegeben) und um Lohnerhöhungen (die Löhne blieben eingefroren). Es wurde eine Aktion mit politischen Forderungen: für eine Steuer- und Finanzreform sowie Korrektur der Währungsreform (die die kleinen Geldsparer enteignet und die großen Sachwertbesitzer ungeschoren gelassen hatte) – die Lohnforderungen wurden nicht in den Katalog aufgenommen! –

Kurt Schumacher auf dem Parteitag in Nürnberg am 29. Juni 1947: »Wir sind gegen eine Politik politischer Streiks. Wir sind gegen jede Politik leichtfertiger Streiks... Diese Streiks waren keine Streiks für oder gegen eine politische Instanz in diesem Deutschland, diese Streiks waren ein Aufbäumen des Menschen in Deutschland.« Protokoll des SPD-Parteitags 1947, S. 42.

Christian Stock im Hessischen Landtag am 25. April 1947: »Jeder Streik, auch wenn er sich als der Ausdruck einer Verzweiflung darstellt, wirkt in unserem akuten Notstand hemmend auf den Aufbau der Wirtschaft und die Verbesserung unserer Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse ... Der Proteststreik im Ruhrgebiet (am 3. April 1947) war für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ein schwarzer Tag (Sehr richtig! - bei der CDU); er darf sich nicht wiederholen (Sehr gut - bei der SPD).« Stenographische Protokolle des Hessischen Landtags, 1. Wahlperiode, Drucksache Abt. III, Nr. 11, S. 220.

Nach dem Bericht des Westdeutschen Volksechos habe Böckler die Delegierten zur Ruhe ermahnt. - »Darauffin erhob sich ein großer Protest. ›Wir sind Delegationen unserer Belegschaften und haben einen Auftrag auszuführen, sagte ein Betriebsrat. ›Wir wollen ja nur unsere Verbundenheit mit den Arbeiterfraktionen zum Ausdruck bringen, um dadurch den Sozialisierungsgesetzen Nachdruck zu verleihen. Warum will man uns nicht hören?› Darauf Böckler: Ich habe euch nicht gerufen.« Als ein anderer Betriebsrat

und für wirtschaftsdemokratische Maßnahmen, darunter als Punkt 8 »Überführung der Grundstoffindustrien und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft«, als Punkt 9 »gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung« und als Punkt 10 »Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 und 9 von den Parlamenten bereits beschlossenen Gesetze«, die von den Militärregierungen suspendiert worden waren; insofern war der Generalstreik auch eine direkte Demonstration gegen die Politik der Besatzungsmächte.<sup>18</sup> Der SPD-Vorstand fand den Streik »eine verständliche Reaktion« auf die Wirtschaftspolitik der CDU.<sup>19</sup> Aber weder die Initiatoren noch die SPD nutzten die machtvolle Aktion bzw. das Machtpotential, das sie offenbart hatte, in irgendeiner Weise, auch nicht parlamentarisch, um den Spielraum für die immer noch geforderte Neuordnung zu erweitern.

Während der – gewerkschaftlich organisierte – Streik vom 12. November 1948 bei SPD-Politikern auf Verständnis stieß, wurden von ihnen die spontanen Aktionen stets abgelehnt. Die Demonstrationen und Streiks vom Frühjahr 1947 verurteilte der Parteivorstand in seiner Erklärung zur »Ernährungskrise«, angenommen am 3. April, dem Tag des großen Streiks der Ruhrbergarbeiter, und führte sie auf die Tätigkeit »unverantwortlicher Elemente« (womit wohl Kommunisten gemeint waren) zurück (das Dokument enthielt zehn Punkte zur Verbesserung der Ernährungslage und erklärte zum Schluß: »Die sozialdemokratische Partei ist davon überzeugt, daß die Überwindung der gegenwärtigen Notlage nur (!) durch die sozialökonomische Neuordnung erfolgen kann. Sie sieht als Mittel dazu die von ihr vorgeschlagene Agrarreform und die Sozialisierung der Produktionsmittel des Großbetriebes an«, also genau das, was die Demonstranten und die Streikenden gefordert hatten!<sup>20</sup>). Schumacher – wußte er nicht um die Resolutionen der Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenzen mit Hunderten von Teilnehmern? – rief auf der Wahlkundgebung der SPD in Oberhausen am 30. März aus: »Wir sind heute in einem Stadium, in dem der Hunger die Menschen zum politischen Denken fast untauglich macht.«<sup>21</sup> Gegen politische Streiks (also doch politisches Denken bei den Teilnehmern?) wandte sich Schumacher u.a. auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg.

Der nur liberal-demokratische Ansatz der SPD-Politiker zeigte sich auch darin, daß sie es ablehnten, die Grenze des »reinen« Parlamentarismus zu überschreiten und Abgesandte aus Betrieben vor das Parlamentsplenum treten zu lassen, wie es in Nordrhein-Westfalen mit Delegationen aus dem Ruhrbergbau, einem Zentrum der damaligen Massenbewegung, Anfang März 1947 geschehen war.<sup>22</sup> Eine »Verschränkung« parlamentarischen und außerparlamentarischen Drucks (oder auch: liberaler und radikaler Demokratiepraxis) hätte den Spielraum für eine sozial-ökonomische Neuordnung gewiß erweitern können. Immerhin war es eine Umbruchsituation, aus der heraus ungewohnte Formen politischer Willensäußerung entstanden – der Test, ob und wie sie parlamentarische Mittel produktiv ergänzen können, wurde nicht gewagt ...

Nicht anders behandelten SPD-Politiker die 1947/1948 auf Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenzen erhobenen Forderungen

der nach Kontrollausschüssen unter Teilnahme der Gewerkschaften, die »eine gerechte Erfassung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel« vornehmen sollten; nach »Hofkontrollen durch Ausschüsse, die von den Gewerkschaften zu bilden sind«, um zu einem »sozial gerechten Erfassungssystem« zu kommen, u.ä.<sup>23</sup> Diese Forderungen knüpften offensichtlich an die schöpferische Praxis der (von Besatzungsmächten in West und Ost aufgelösten) Antifa-Ausschüsse der ersten Monate nach der Befreiung vom Naziregime 1945 an<sup>24</sup> und waren wohl die spontan geborene, der Situation der ersten Nachkriegsjahre angemessene Form politischer Mitwirkung »von unten«, die in die tradierten hierarchischen und bürokratischen politischen Strukturen nicht hineinpaßte. Während Kommunisten, ihrem radikal-demokratischen Ansatz folgend, zumindest versucht hatten, solche Formen aufzugreifen, hielten sich Sozialdemokraten strikt an die liberal-demokratischen Grundsätze und schränkten damit die Durchsetzungskraft für ihre in Richtung radikal-demokratischer Veränderungen weisenden Neuordnungsforderungen ein.

In der Beschränkung auf parlamentarische Mittel zeigte sich in diesem Jahrhundert die Grenze der sozialdemokratischen Reformorientiertheit und des »dritten Weges«. Diese Begrenztheit war es wohl, die Tempo, Umfang und Tiefe der gesellschaftlichen Veränderungen im Kapitalismus in Richtung einer humanen, sozial gerechten, demokratisch organisierten und solidarischen Gesellschaft an bestimmten Schnittpunkten – in Umbruchsituationen – hemmte.

Diese Erfahrung provoziert die Frage, ob nicht die von Sozialisten und Sozialdemokraten erstrebte Gesellschaft auf einem »dritten Weg zweiter Potenz« zu erreichen wäre, der enthalten müßte: die Rückkehr zum Konzept der Wirtschaftsdemokratie (das noch im Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 enthalten ist) als versuchter (gedachter) Einheit von liberaler und radikaler (sozialer) Demokratie, ergänzt durch die Verschränkung parlamentarischer und außerparlamentarischer Mittel. Also: weder autoritärer Sozialismus – noch ausschließlich profitbestimmte kapitalistische Marktwirtschaft; weder kommunistischer Voluntarismus/Aktionismus – noch Beschränkung auf »reinen« Parlamentarismus, sondern Aufnahme spontaner Bewegungen und Aktionen (und der von ihnen geschaffenen Organe für Problemlösungen) in die politische Entscheidungspraxis (letzteres über den im Berliner SPD-Programm beschriebenen »Bürgerdialog (als) Ausdruck politischer Kultur« und Faktor der »Meinungsbildung« hinaus).

Noch ein Wort zu Kurt Schumacher: Bei aller Kritik an diesem für seine Zeit charismatischen Politiker – er setzte die sozialdemokratische Tradition, die stets radikal-demokratische Ideen einschloß, fort. Das unter seiner Führung von der SPD Erreichte sind nicht zuletzt die in Verfassungen der westdeutschen Bundesländer festgeschriebenen Verfassungsnormen, die soziale Rechte und wirtschaftsdemokratische Elemente enthalten, sowie das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Das in Folge seiner Bemühungen um eine erneuerte SPD entstandene, vom ethischen Sozialismus geprägte Godesberger Programm (1959) enthielt die traditionellen wirtschaftsdemokratischen und kapitalismuskritischen Intentionen.

erwiderte, daß die Arbeiter, wenn die Sozialisierung abgelehnt würde, in den Streik treten müßten, erklärte Böckler: »Habt ihr je erlebt, daß durch Streik ein Stück Brot errungen wird?« Da ertönten empörte Zwischenrufe. »Oberhausen, Essen! Es muß jetzt gehandelt werden!«

Vgl. dazu Anm. 22.

Ebenso – und noch weitergehend – setzte Willy Brandt, der seine linkssozialistische Vergangenheit wohl nie ganz abgestreift hatte<sup>25</sup>, die sozialdemokratische Tradition fort. Bei aller Widersprüchlichkeit der konkreten Politik der Willy-Brandt-SPD als Regierungspartei in den siebziger Jahren – sie hat die bundesrepublikanische Wirklichkeit in bestimmten Bereichen (so u.a. mit dem weit geöffneten Hochschulzugang für Kinder aus Arbeitnehmerfamilien) sozialer und demokratischer gestaltet. Das schon mehrfach erwähnte Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 (Ergebnis der von W. Brandt initiierten und von ihm begleiteten Programmdiskussion der achtziger Jahre) reflektierte die neuen Probleme des durch die Produktivkraftentwicklung hervorgerufenen gesamtgesellschaftlichen Umbruchs – und setzte die wirtschaftsdemokratische Tradition fort –, übrigens viel prononcierter als das Godesberger Programm. (Nach der Wende 1989/1990 und beim Anschluß der DDR an die BRD blieb die SPD allerdings mit ihrer Praxis hinter den Aussagen des Berliner Programms weit zurück ...)

Nunmehr scheint der gesamtgesellschaftliche Umbruch, der um die Mitte der siebziger Jahre begann und immer noch fort dauert, die SPD unter Schröder aus der traditionellen Bahn zu werfen. Bisher wollte sie mit ihrem »dritten Weg« zwischen dem undemokratischen Realsozialismus und dem nur profitbestimmten Realkapitalismus die Interessen der großen Mehrheit der Lohnarbeitenden und der sozial Schwachen realisieren. Jetzt soll sie, nachdem es den Realsozialismus nicht mehr gibt, nach dem Willen eines Schröder die traditionelle Parteinahme für die Arbeitnehmer durch die Parteinahme für das Kapital (»die Wirtschaft«) ersetzen, und der »neue dritte Weg« soll vom alten sozialdemokratischen Ziel weg hin zu neoliberalen Positionen und Praxis führen. Das stünde zwar in Kontinuität zur bisherigen (ebenso traditionellen) Konzessionsbereitschaft gegenüber »dem Kapital«; diese würde aber – bei Wegfall der Sorge um die soziale Gerechtigkeit – potenziert werden und die SPD in eine andere Partei verwandeln.

- 1 Dietrich Geyer: Einheitsfrontpolitik und Vereinigungsprozesse in Ost- und Westeuropa 1944-1948, in: Dietrich Staritz/Hermann Weber (Hrsg.): Einheitsfront – Einheitspartei, Köln 1989, S. 35.
- 2 Vgl. L. Niethammer: Arbeiterbewegung im kalten Krieg, in: Othmar Nikola Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.): Der Marshallplan und die europäische Linke, Frankfurt a. M. 1986, S. 582.
- 3 Vgl. dazu u.a. Rolf Badstübner: Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Berlin 1965; Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: Die Spaltung Deutschlands 1945-1949, Berlin 1966.
- 4 Jahrbuch der SPD 1946, Göttingen 1947, S. 77.
- 5 Vgl. Ulla Plener: SPD 1945-1949, Berlin 1981, S. 180ff.
- 6 Vgl. dies.: Kurt Schumacher und die Einheitspartei 1945/1946, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), H. 1, 1997, S. 6ff.
- 7 Vgl. dies. über Kurt Schumacher in UTOPIE kreativ, H. 60, 65 und 69/70.
- 8 Vgl. Theo Pirker: Die SPD nach Hitler, München 1965, S. 70.
- 9 Vgl. Susanne Müller in: Susanne Müller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Bonn 1991, S. 185; Waldemar Ritter: Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption, Hannover 1964; Willy Albrecht: Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945-1952, Berlin/Bonn 1985; Günther Scholz: Kurt Schumacher, Düsseldorf/Wien/New York 1988 (Rastatt 1993); Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995; Kurt Schumacher und der »Neubau« der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 12./13. Oktober 1995 (anlässlich des 100. Geburtstages von Kurt Schumacher am 13. Oktober 1995), Hrsg. von Dieter Dowe, Bonn 1996; Nach-Denken. Kurt Schumacher und seine Politik (Wissenschaftliches Symposium am 30. Oktober 1995 der Stiftung Haus der Geschichte der BRD in Zusammenarbeit mit der FES aus Anlaß des 100. Geburtstages von Kurt Schumacher), Bonn/Berlin 1996.

- 10 Vgl. besonders Eberhard Schmidt: Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1970; Ernst-Ulrich Huster/Gerhard Kraiker u.a.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt a. M. 1972; Ernst-Ulrich Huster: Die Politik der SPD 1945-1950, Frankfurt a. M./New York 1978; Erich Ott: Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945, Marburg 1978.
- 11 Vgl. Ulla Plener, Diss. A und B 1969 bzw. 1975; auf dieser Grundlage – SPD 1945-1949: Politische Konzeption und Praxis – Ergebnisse und ihre Ursachen, Berlin 1978 (als Manuskriptdruck); Die SPD 1945-1949: Konzeption, Praxis, Ergebnisse, Berlin 1981 (»Schriftenreihe Geschichte« des Dietz Verlages).
- 12 Zur Rücknahme bzw. Korrektur sehe ich mich vor allem in folgenden Punkten veranlaßt: 1. Die SED-Politik als Meßlatte für richtig oder falsch, gut oder böse ist als ideologisch motiviert zu verwerfen (was nicht heißen soll, daß ein Vergleich der Politik beider Parteien fehl am Platze wäre; ganz so eindimensional, wie sie in westdeutscher bzw. neuzeitlicher Literatur dargestellt wird, war auch die der SED damals nicht; zumindest die Intention eines in sozial-ökonomischer Hinsicht demokratisch gestalteten Deutschlands durch demokratische Bodenreform, Enteignung der Kriegsverbrecher, Entnazifizierung der Verwaltungen u.a.m. war ernst gemeint, wurde realisiert und sollte auch heute ernst genommen werden.) 2. Die Unterstellung der bewußten Täuschung/Demagogie seitens des SPD-Vorstands gegenüber der Öffentlichkeit ist zurückzunehmen, da verschiedenartige Weltansichten und davon abgeleitete Politikvarianten in der Arbeiterbewegung möglich sind, wobei die Konsequenzen einer bestimmten Variante nicht selten andere sind, als von den Akteuren gedacht und gewollt. 3. Die innerparteiliche Differenzierung ist nicht an der Linie Führer/Mitglieder festzumachen; sie ergibt sich aus den verschiedenen Weltansichten in der Partei selbst, die es auf allen Ebenen gibt. 4. Die Bedingungen der militärischen Besetzung, die die Möglichkeiten sozialdemokratisch orientierter sozial-ökonomischer Neuordnung einschränkten, sollten in höherem Maße berücksichtigt werden. Zu den theoretischen Prämissen der damaligen Forschung vgl. Ulla Plener: Zur Sozialdemokratieforschung in der DDR in den 70er und 80er Jahren. Versuch einer Bilanz mit Ausblick, in: BzG, H. 6, 1991.
- 13 SAPMO NY 4104. Im Original: eigenhändige Unterschrift von Pferdenges. Kopie im Besitz der Autorin. Robert Pferdenges (1880-1962), mit Hermann Abs von der Deutschen Bank befreundet, bereicherte sich während der Zeit des Faschismus unrechtmäßig durch Übernahme des jüdischen Bankhauses Oppenheimer & Co. und erwarb durch Kriegsgewinne im Zweiten Weltkrieg ein riesiges Vermögen; stand 1945 auf der Kriegsverbrecherliste, war aber bereits 1947 zu allen Ämtern wieder zugelassen; übte als maßgebendes Aufsichtsratsmitglied bei über 20 Aktiengesellschaften entscheidenden Einfluß auf Wirtschaftsleben und Politik der BRD aus; war Mitbegründer der westdeutschen CDU, wurde 1950 Bundestagsabgeordneter, war Vertrauter und Berater Adenauers.
- 14 Zu allen drei Punkten vgl. besonders die angegebenen Arbeiten von Ernst-Ulrich Huster, Eberhard Schmidt und Erich Ott; zu den Massenbewegungen auch Christoph Kleßmann/Peter Friedemann: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfurt a. M. 1977.
- 15 Chronologische Zusammenstellung der Aktionen im Ruhrgebiet nach Presseberichten bei Kleßmann/Friedemann, S. 40-49 (1947), S.50-54 (erste Hälfte 1948).
- 16 Dazu Ulla Plener: Sozialdemokratische Demokratiekonzepte und -praxis unter Zwängen des kapitalistisch bestimmten Zivilisationstyps, in: UTOPIE kreativ, H. 23/24.
- 17 Hermann Reusch, Direktor der Gute-Hoffnung-Hütte AG Oberhausen, Exponent jener Kreise, die Hitlers Kriegs- und Rüstungswirtschaft aktiv unterstützt hatten, wurde auf Geheiß der Amerikaner vom Wirtschaftsrat für die geplante Kommission zur Überwachung und Steuerung der Stahlproduktion der Bizone benannt. Nachdem verbale Proteste der Gewerkschaften ergebnislos geblieben waren, beschlossen 600 Delegierte der Eisen- und Stahlindustrie für den 25. und 26. Mai die Urabstimmung für einen Proteststreik, der am 1. und 2. Juni stattfinden sollte. Außerdem wurde beschlossen, »daß in allen Betrieben dann die Arbeit zu ruhen hat, wenn der Ausschuß zur Hebung der Stahlproduktion den Betrieb betritt und sich Dr. Reusch dabei befindet. Die Arbeit ruht so lange, bis Dr. Reusch den Betrieb verlassen hat.« Bei der Abstimmung sprachen sich 90 bis 92 Prozent der Teilnehmenden für den Streik aus. Daraufhin zogen Wirtschaftsrat und Amerikaner Reusch zurück, und die geplante Kommission wurde gestrichen. (Vgl. E. Schmidt, S.144/145)
- 18 Vgl. Gerhard Beier: Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands, Frankfurt a. M./Köln 1975.
- 19 Neuer Vorwärts (SPD), 13. und 20. November 1948.
- 20 Freie Presse (SPD), Bielefeld, 5. April 1947.
- 21 Neue Ruhr-Zeitung (SPD), Essen, 2. April 1947.
- 22 Während der Beratungen der Sozialisierungsanträge von SPD und KPD im Landtag Nordrhein-Westfalen Anfang März 1947 erschienen vor dem Landtag Arbeiterdelegationen (insgesamt ca. 300 Personen), um ihre Wünsche vor den Landtagsabgeordneten vorzutragen. Dem Bericht der Neuen Ruhr-Zeitung vom 5. März 1947 zufolge bezeichnete der Fraktionsführer der SPD den »Antrag der KPD, die Geschäftsordnung des Landtags zu ändern, damit den draußen wartenden Delegationsführern eine Redemöglichkeit gegeben werden könnte«, als »mit parlamentarischen Gepflogenheiten unvereinbar«. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der KPD abgelehnt. Dabei soll es »zu rüden Wortgefechten zwischen Böckler, der als SPD-Abgeordneter im Landtag vertreten war, und der in der Landtagshalle wartenden Delegiertenmenge gekommen sein.« (Kleßmann/Friedemann, S. 44, 83)
- 23 Vgl. u.a. Ruhrrevierkonferenz des IV Bergbau in Bochum vom 2. April 1947, an der 600 Bergleute teilnahmen und die abschließend zum Streik am 3. April aufgerufen hatte; ähnlich forderte die Betriebsrätekonferenz aller Essener Industriegewerkschaften Anfang Februar 1947 »Bildung von Kontrollausschüssen in Stadt und Land zur Sicherstellung der Ernährung«. Hier zit. nach Ch.Kleßmann/P. Friedemann, S. 43/44.
- 24 Vgl. Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch, Schkeuditz 1997.
- 25 So Siegfried Heimann im Seminar »Die Ostpolitik Willy Brandts« des August-Bebel-Instituts, Berlin, am 5. Juni 1999.